

# **Politologische Annäherungen an die digitale Demokratie – Ein Kommentar zum Forschungsstand**

*Alexander Siedschlag*

## **1. Internet, Demokratie und die Renaissance der politischen Systemlehre**

Im Anfang der politikwissenschaftlichen Internetforschung war die Idee, mit den neuen technischen Möglichkeiten doch noch Benjamin Barbers (1984) „strong democracy“ verwirklichen zu können: der etwas abgegriffenen liberalen Demokratie des ausgehenden 20. Jahrhunderts einen digital vermittelten aktiven Pluralismus, ja sogar eine neue Demokratie als Lebensart gegenüberzustellen. Sowohl die nun schon über siebenjährige Erfahrung mit politischer Internetnutzung in westlichen Demokratien als auch das Gros der Ergebnisse der neueren Forschung legen demgegenüber nahe, dass das Internet weder zu einem eigenen politischen Raum geworden ist (wie das vor allem Grossmann 1995 erwartete), noch dazu geführt hat, die Politik an grundlegend neuen Kriterien aktivbürgerschaftlicher, quasi basisdemokratischer Politikgestaltung zu messen (wie das zuerst Rheingold 1993 und danach z.B. Hill/Hughes 1998 propagiert hatten). Dies wird umso deutlicher, wenn man – wie das nun endlich getan wurde – die OECD-Welt verlässt und auf die politische Bewertung des Internets in den weiteren Weltregionen blickt. Dort gilt das Internet sowohl in der Politik als auch bei den großen gesellschaftlichen Gruppen in der Regel als amerikanisch-europäisches Dominanzprojekt, als verwestlichende Durchdringung und sogar als kulturelle Bedrohung (siehe die Ergebnisse von Franda 2002).

Angesichts dessen berücksichtigt die Forschung insgesamt noch etwas zu zaghaft, dass die Wirkung internetgestützter Demokratie von regionalen Kulturen, Geschichten und Werten abhängt. Deshalb sollte auf der Grundlage der digitalen Möglichkeiten nicht irgendeine vermeintliche Universalversion von Demokratie propagiert, sondern vielmehr der Versuch gemacht werden, einen allgemeinen Satz demokratischer Entscheidungsregeln zu entwickeln, der Raum für institutionelle Variationen lässt (Noveck 2001). Überhaupt muss sich internetgestützte Demokratie in überschaubaren Erprobungen pragmatisch entwickeln, und dementsprechend sollten neue Formen und Verfahrensweisen der Bürgerbeteiligung zunächst auf lokaler Ebene erprobt werden (Holznagel/Hanßmann 2001). Auch Barber (2001) selbst vertritt eine relativierende Auffassung der politischen Wirkung des Internets: Wie sich die Demokratie weiterentwickelt und welche politische Kraft ihr zukommt, hängt nicht von der Qualität und der Form der Technologie ab, sondern von der Güte der jeweiligen politischen Institutionen und dem Naturell der jeweiligen Bürgerschaft. Angesichts unserer deutschen, technikverliebten Diskussionen um das Internet als Königsweg zum „modernen Staat“ (z.B. Gora/Bauer 2000; Picot/Quadt 2001; Priddat/Jansen 2001) ist diese Relativierung umso mehr zu beherzigen.

Trotzdem besitzt das Internet das Potenzial, die Gesellschaft und ihre traditionellen Institutionen zu prägen, wie das bisher vor allem auf der Ebene der kommunalen

Bürgerbeteiligung (Donath 2001) und der Abwicklung spezifischer politischer Projekte im und über das Netz (Bieber 1999) nachgewiesen worden ist. Im Zuge dessen stellt sich die Frage nach der guten Ordnung und den politischen Instrumenten, die zu ihrer nachhaltigen Verwirklichung nötig sind, auf dem Feld von Internet und Politik neu. Es ist nicht damit getan, zu sagen, dass das Internet irgendwie das allgemeine Interesse an „Politik“ steigert, weil es kostengünstig Kommunikationsmöglichkeiten und aktuelle Informationen bereitstellt. Wenn das Internet die Politik seiner Eigengesetzlichkeit unterwirft, ist das ist nicht unbedingt ein Fortschritt für die Demokratie. Vielmehr muss unter anderem gefragt werden, ob bzw. inwieweit die Nutzung des Internets durch die Bürger darauf zielt, am politischen Prozess teilzunehmen, ob Online-Nutzung also die Motivation und/oder die Fähigkeit zu Partizipation positiv beeinflusst, und wie sich die etablierte Politik dazu stellt.

Vor diesem Hintergrund hat das „politische“ Internet zu einer positiv zu bewertenden Renaissance von Kategorien und Qualitätsnormen aus der traditionellen politischen Systemlehre geführt und damit eine gewisse fachliche Schiefelage auszugleichen geholfen. Diese war dadurch entstanden, dass die Systemlehre sich in den vergangenen zehn Jahren immer mehr auf die „Komparatistik“ versteifte und einerseits übertrieben als „Bargaining“- und „Verflechtungs“-Forschung, andererseits gleichermaßen übertrieben als „Transitions“-Forschung und Elitensoziologie der postkommunistischen Länder firmierte. Das Interesse an internetgestützter Politik und an der Entwicklung der Demokratie im Informationszeitalter hat nun dazu beigetragen, dass zum Beispiel auch wieder Fragen, die mit Repräsentation, Partizipation, Deliberation, Responsivität und dem Spannungsverhältnis zwischen Chancengleichheit und Effizienz zu tun haben, als besonders forschungswürdig gelten und der Politikwissenschaft auf dieser Grundlage einen weiteren Impetus unmittelbarer politischer Relevanz verleihen (als Überblick: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2001; Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 9-28).

Die Renaissance der politischen Systemlehre im Zusammenhang mit der Bedeutung des Internets für die Demokratie weist außerdem darauf hin, dass neue Medien eben nicht notwendigerweise gleichbedeutend mit ganz neuen politischen Maßstäben, kollektiven Handlungsweisen oder mit neuen Politikstilen sind. Auch in Deutschland werden wir bald gelernt haben, was sich in den USA bereits gezeigt hat: dass weder die Hoffnungen noch die Befürchtungen einer internetgestützten basisdemokratischen Revolution realistisch sind. Die Daten zur individuellen und kollektiven Online-Nutzung im politischen Kontext sprechen nämlich immer deutlicher gegen die so genannte *Mobilisierungsthese*, wie sie vor allem Budge (1996), Grossman (1995) und Rheingold (1993) vertraten. Sie lautet, dass das Netz unmittelbar zu neuen Formen basisdemokratischen politischen Aktivismus' motiviert: Es erleichtere den Austausch von Ideen und vermehre das *soziale Kapital*, d.h. die Normen, Interaktionsnetzwerke und Vertrauensbeziehungen, die es den Menschen erleichtern, ihre Handlungen zum wechselseitigen Nutzen zu koordinieren und gefühlsmäßige Gemeinschaftsbindungen zu entwickeln. Der durch die neuen Medien ermöglichte Netzaktivismus werde sich deshalb, so die These, zu einem eigenen, neuen Typ politischer Partizipation weiterentwickeln, der sich klar von den traditionellen Typen wie Parteiarbeit, Bürgerinitiativen oder Lobbyismus unterscheidet: Die institutionellen Barrieren für Bürgerbeteiligung

würden wegfallen, die finanziellen Hürden würden viel geringer, und die Möglichkeiten der Gruppendynamik, des Informationsaustauschs und der sachorientierten politischen Debatte würden ungleich größer.

Zwar wird das Netz in der maßgeblichen amerikanischen Forschung nach wie vor als ein wirksames Mittel für politische Willensbildung und Partizipation eingestuft: Es liefert neue Leitungen, über die sich die öffentliche Meinung ausdrücken kann. Aber die politische Internetnutzung schafft keine neuen Bürger und kein anderes politisches System, vor allem schafft sie kein politisches und soziales Global Village (Margolis/Resnick 2000). Auch die bisherigen Daten zum Internet-Nutzungsverhalten sprechen für die Gegenthese zur Mobilisierungsthese, nämlich für die *Verstärkungsthese (Reinforcement-These)*: Das Internet verstärkt vorhandene politische Strukturen und Motivationen. Wer schon überdurchschnittlich gut sozial vernetzt, politisch engagiert und aktiv ist, schöpft auch die neuen Möglichkeiten des Internets aus; wer es aber nicht ist, wird es auch durch das Internet nicht (Davis 1999; Haythornthwaite 2001; Hill/Hughes 1998).

Dass man den modernen Staat durch digitale Demokratie in das funktionale Äquivalent eines antiken Stadtstaates verwandeln und den Einwohnern durch die neuen Technologien eine neue Bürgertugend einflößen kann, ist und bleibt Utopie. Und ebenso wie der Cyberspace nicht die schlechthin politische Persönlichkeit schöpft, werden Politik, Wahlkämpfe und Skandalmittel alles andere als neu erfunden: Die Funktionen, die Erfolgs- und Gütekriterien, die Chancen und Gefahren der Netzpolitik sind grundsätzlich die gleichen wie in der traditionell konzipierten und vermittelten Politik.

## **2. Digitale Demokratie als Mittelweg zwischen Partizipationsromantik und Technikoptimismus**

Die „Digitalität“ oder gar die „Virtualität“ des Politischen von sich aus liefert somit keinen einheitlichen neuen Bewertungsmaßstab oder ein neuartiges übergreifendes Anforderungsprofil für staatliches Handeln. Vielmehr hängen der Bewertungsmaßstab und das Anforderungsprofil in erster Linie davon ab, welches Konzept von „Internet und Politik“ man zugrunde legt. Einschlägig sind vier Konzepte: E-Government, E-Democracy, Cyberdemocracy und digitale Demokratie.

*E-Government* (oder virtuelles Regieren) wird teilweise, zumal in Deutschland, als der technische Hebel zur schlechthinigen Reform der Demokratie stilisiert, bezieht sich aber in erster Linie auf das Online-Angebot behördlicher Dienstleistungen und die Effektivierung der öffentlichen Verwaltung (als Überblick: Bilgeri/Siedschlag 2003). Politisch und politologisch weiterführend wird es erst im Sinn von „E-Governance“, einem Konzept, das darüber hinaus netzwerkartig organisierte politische Steuerung, das Entstehen virtueller Bürgergemeinschaften und „entstaatlichte“, pragmatische Problembearbeitung auf kommunaler Ebene beinhaltet (von Bismarck/Dettling/Schuppan 2003).

Einen Schritt weiter geht die *E-Democracy* (oder elektronische Demokratie), bei der die technikgetriebene Erneuerung des politischen Systems im Vordergrund steht (z.B. Browning 1996; Hagen 1997; Hoff/Horrocks/Tops 2000). Der demokratievertiefende Impetus beschränkt sich dabei gleichwohl auf von „oben“ her eröffnete Kanäle zur

fallweisen Bürgerbeteiligung an ausgewählten politischen Projekten, beispielsweise der Ausarbeitung bestimmter Gesetzesentwürfe (vgl. Kleinsteuber/Hagen 1998).

Demgegenüber fasst das *Cyberdemocracy*-Modell das Internet als einen eigenen politischen Raum auf, in dem institutionalisierter unmittelbarer Kontakt zwischen Bürgerschaft und Politik stattfindet (z.B. Hill/Hughes 1998; Holmes 1997; Wilhelm 2000). Neue Kommunikationsmöglichkeiten erlauben es den Bürgern, umfassend am politischen Geschehen teilzuhaben und sich selbst neue Lösungsmöglichkeiten für gesellschaftliche Probleme zu erschließen. So sollen virtuelle Verantwortungsgemeinschaften wachsen, der freie Zugang zu Information verbessert werden und ein neuer sozialer Gemeinsinn entstehen. Die Zielvision besteht in direkter Regierung durch die Bürger selber. Die Ergebnisse der aktuellen politikwissenschaftlichen Internetforschung legen es nahe, die Analysepotenziale und mehr noch die Verwirklichungschancen dieses Modells jenseits von relativ kleinen, thematisch hoch spezialisierten virtuellen Bürgergemeinschaften skeptisch zu beurteilen.

Darüber hinaus hat sich inzwischen auch auf der prozeduralen Ebene deutlich gezeigt, dass es keine selbstorganisierte *Cyberdemocracy* geben kann: Das Internet ist *nicht* schon von Natur aus demokratisch. Die Probleme reichen von fehlenden Zugangsmöglichkeiten und Technikkompetenzen (Stichwort „digitale Spaltung“) über dominantes Redeverhalten in Chatrooms, über Ausschlussmechanismen durch (soziale) Codes und die Rolle von Moderatoren bis hin zur Oktroyierung technischer und verfahrensmäßiger Standards durch die jeweils dominierende Software (Polikanov 2002; Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 95-106). Deshalb müssen auch im Internet die demokratischen Spielregeln immer von neuem durchgesetzt werden. In den USA hat sich herausgestellt, dass online durchgeführte Meinungsumfragen sehr verlässlich sein können, dass digitale politische Planungsstäbe sehr gute Ergebnisse erzielen können und dass sich sogar Konflikte virtuell schlichten lassen – sofern die jeweilige Online-Kommunikation fachgerecht, den Regeln der Kunst und vor allem den Regeln der Demokratie entsprechend moderiert wird (Wilhelm 2000).

Als politischer Mittelweg zwischen den in Teilen konträren Konzepten und vor allem als modellübergreifendes Forschungsprogramm hat sich zurzeit das Konzept *digitale Demokratie* etabliert (Alexander/Pal 1998; Hague/Loader 1999; Siedschlag/Rogg/Welzel 2002). Digitale Demokratie bedeutet im Kern, politische „Signale“ und Informationen auf neuen Kanälen zu senden. Das bezieht sich auf verschiedene Sektoren der politischen Kommunikation: die Beschreibung von Politik durch die Regierung gegenüber den Bürgern (Government-to-Citizen), das Ohr am Bürger, das der Politik besseren Aufschluss über die Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung geben soll (Citizen-to-Government), und die bessere Vernetzung und vergemeinschaftete politische Willensbildung der Bürger untereinander (Citizen-to-Citizen). So ergeben sich neue Wege und Formen der Bürgerbeteiligung, deren Ausmaß nicht verfassungsmäßig vorgegeben ist und die keine kontinuierliche und breit angelegte politische Partizipation verlangen. In der Folge könnte sich die Entfremdung der Bürger von der Politik beheben und die *Zivilgesellschaft* – die Schnittstelle zwischen den demokratischen Institutionen und der breiten Bevölkerung – stärken lassen. Politische Entscheidungen würden dann nicht mehr regelmäßig von Spitzenakteuren vorbereitet, gefällt, legitimiert und umgesetzt

werden, sondern sich aus einer breiten sachorientierten Diskussion auf unterschiedlichster Ebene ergeben (*deliberative* oder *diskursive* Demokratie). Digitale Demokratie beinhaltet darüber hinaus die Förderung demokratisch orientierter und strukturierter neuer Medien sowie verbesserte Kompetenzen demokratischer Mediennutzung.

Zugleich muss man in dieser Modell-Logik mit bestimmten negativen Begleiterscheinungen politischer Internetnutzung rechnen. Übersättigte digitale Demokratie führt zur Erosion der traditionellen demokratischen Institutionen. Politik – und Diskussion über Politik – findet dann immer weniger in den Einrichtungen statt, die unsere Verfassungsordnung als Ergebnis jahrhundertelanger Überlegungen in der abendländischen Geistesgeschichte ebenso wie infolge historischer Erfahrungen dafür vorsieht. Das kann auf längere Sicht einen Legitimitätsverlust derjenigen Institutionen bedeuten, die das Funktionieren der Demokratie sichern (vor allem der Parlamente) und zu einer Überstrapazierung derjenigen Institutionen führen, in denen Politik vorbereitet, verfolgt, kritisiert und überhaupt erst einmal kommuniziert werden soll (z.B. der Medien und der Parlamentsausschüsse, aber auch der Parteien). Das Internet als selbstorganisierter demokratischer Marktplatz könnte außerdem verantwortungsloses Protestverhalten ebenso fördern wie politischen Aktionismus, der nur auf Abstimmungsmehrheiten aus ist, nicht aber auf die Lösung von Problemen.

Die Gegenüberstellung der modell-logisch erwartbaren Positiva und Negativa macht deutlich, dass auch im Rahmen des Konzepts *digitale Demokratie* gilt: Die politische Nutzung des Internets als solche folgt den jeweiligen demokratischen Gegebenheiten – den Stärken und Schwächen des politischen Systems, seiner Institutionen, seiner Kommunikationskultur und überhaupt seiner politischen Kultur (am Beispiel von Internet-Wahlen siehe Kersting 2003). Insofern liegt es hier ebenfalls nahe, mit der Reinforcement-These zu arbeiten. Das gilt insbesondere dann, wenn man im Internet ein Instrument verbesserter politischer *Partizipation* sieht; denn Partizipation hängt dem Standardmodell der Politikwissenschaft zufolge nicht in erster Linie von technischen Möglichkeiten ab, sondern von demografischen Merkmalen (z.B. Alter, Geschlecht), von der Struktur des politischen Systems und den Beteiligungsformen, die es prinzipiell ermöglicht, von der Politikvermittlung (z.B. Bürgernähe des Parlaments und der Regierung, Medien, Kommunikationskultur) sowie von individuellen subjektiven Faktoren (z.B. Werte, Einstellungen, Einschätzung der Wirksamkeit der eigenen Beteiligung) (Hagen 1999).

### **3. Politische Internetnutzung und institutioneller Wandel**

Die sich gleichwohl abzeichnenden erweiterten Möglichkeiten für Willensbildung und Partizipation per Internet – die auf der gesamtstaatlichen Ebene nach gegenwärtigem Wissensstand vor allem im Bereich der Partei- und Parlamentsarbeit liegen (z.B. Meier-Walser/Harth 2001; Rogg 2001) – können teilweise grundlegende Verfassungsprinzipien der *pluralistischen Demokratie* herausfordern. Wie diese Herausforderungen zu bewerten sind, muss in den kommenden Jahren diskutiert und abgewogen werden. Sie beinhalten jedenfalls speziell politikwissenschaftliche Fragestellungen und können deshalb auch zur Unterscheidung gegenüber der politischen Kommunikations- und Medien-

forschung dienen. Institutioneller Wandel infolge politischer Internetnutzung spielt sich in vier Kernbereichen ab:

(1) *Interessengruppen und Lobbys* erhalten durch das Netz mehr Einfluss mit weniger Engagement und Verantwortungsübernahme; denn Menschen mit gleichen Interessen können sich online finden und organisieren, ohne dass sie viel Zeit und Mühe investieren müssen. Das kann zu politischen Schnellschüssen führen, und Randthemen können unter günstigen Umständen bis auf die bundespolitische Ebene transportiert werden. Noch bedenklicher ist, dass die traditionellen Funktionen, die konventionelle Interessengruppen und darüber hinaus die Parteien in einer pluralistischen Staatsordnung erfüllen, damit teilweise obsolet oder umgebar werden: gruppengebundene Interessenartikulation, Interessenselektion, Interessenintegration und Interessenaggregation.

(2) Das Internet bietet neue Möglichkeiten für die demokratische Verständigung. Es kann verstärkte direkte Rückkopplungen zwischen Bürgern und Politikern schaffen und Politik dadurch transparenter und möglicherweise auch sozial verantwortungsbewusster machen. Auf einem anderen Blatt steht, dass im Rahmen solch einer Entwicklung die positive Filterfunktion der Presse als demokratische Instanz umgebar wird. Vor allem in den USA, wo die freie und vielfältige Presse Verfassungsprinzip ist und fast eine vierte Gewalt bildet, ist das ein gravierendes *pluralistisches Argument* gegen digitale Demokratie. Aber auch in Deutschland würde ein Oligopol der Regierungs- und Partei-Websites bei der Informationsvermittlung und politischen Willensbildung der Verfassungsordnung widersprechen. Die Bundesrepublik ist zwar immer wieder zu Recht als Parteiendemokratie bezeichnet worden. Doch gemäß Artikel 21 Absatz 1 des Grundgesetzes wirken die Parteien „bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“ – sie sollen sie nicht beherrschen und ihr ihre Themen vorgeben.

(3) Direkte politische Bürgerbeteiligung zum Beispiel an Gesetzgebungsverfahren kann durch das Internet gefördert und effektiviert werden. Doch darf man nicht vergessen, dass unsere Verfassungsordnung nach wie vor und aus nach wie vor gültigen historischen Erfahrungswerten heraus eine *repräsentative Demokratie* vorgibt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ (Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes) Die Idee der digitalen „Beteiligungsdemokratie“ (Leggewie/Maar 1998) darf nicht zulasten des Repräsentationsprinzips überdehnt werden.

(4) Auch für die Demoskopie und die direkte politische Tätigkeit der Bevölkerung außerhalb des Wahlaktes liefert das Internet umfangreiche Kapazitäten. Entscheidungsträger könnten sich täglich ein Bild von der aktuellen Stimmungslage in der Bevölkerung machen, könnten sich daran orientieren und müssten ihr Handeln mehr und mehr vor diesem Hintergrund legitimieren. Damit aber würden die Grundsätze unserer *parlamentarischen Demokratie* infrage gestellt, zum Beispiel der den Abgeordneten gegebene Vertrauensvorschuss auf Zeit und ihr freies Mandat im Gegensatz zu einem imperativen Mandat. Zudem bestünde die Gefahr, dass sich Demokratie zu sehr an der

Mehrheitsregel orientiert und Kompromisse ebenso wie Minderheitenschutz als demokratische Werte aus den Augen verliert. Das ist auch eine Form der digitalen Spaltung der Gesellschaft. Gegen eine internetgestützte Ausweitung von Volksentscheiden spricht also auch eine Reihe von demokratietheoretischen Gründen, selbst wenn die technischen Fragen gelöst sind.

#### 4. Reale Grenzen der politischen Virtualität

Die Frage, wie das Internet die Politik, die Partizipationschancen und die Kultur demokratischer Willensbildung beeinflusst, lässt sich nicht beantworten, ohne die Frage zu stellen, wie das Internet die *Gesellschaft* insgesamt verändert. Dabei darf man nicht übersehen, dass das Netz auch in der breiten Gesellschaft in Zukunft vor allem denen dienlich sein wird, die sich schon zusammengeschlossen haben: Es liefert bereits bestehenden Gruppen und Institutionen neuartige Bühnen, um ihre Identität zu inszenieren und zu festigen (Jarren 1998). Aber in welchem Maße kann das Internet *neues* Gemeinschaftsgefühl wecken und zur Bildung neuer, virtueller Gemeinschaften beitragen?

Manuel Castells weist in seiner Soziologie des Informationszeitalters darauf hin, dass auch über die neuen Medien laufende Kommunikationsprozesse – vor allem ihre gesellschaftliche und politische Wirkung – von der Interpretation der jeweils transportierten Botschaft abhängig sind, und diese Interpretation wiederum hängt von der Interaktion zwischen Sender und Empfänger ab (2001: 383). Allein schon deshalb ist damit zu rechnen, dass das Internet langfristig keine politische und auch keine soziale Massenkultur schaffen wird, sondern vielmehr zu einer Aufteilung des Massenpublikums in einzelne, oft voneinander isolierte kleinere Informations- und Kommunikationswelten führen wird (386-391). Ob elektronische Gemeinschaften überhaupt zu Akteuren werden, also die Fähigkeit zu zielgerichtetem, strategischen Handeln innerhalb und außerhalb des Netzes entwickeln können, lässt sich momentan trotz mehrerer interessanter Beispiele (siehe die Zusammenstellung in Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 85-94) noch nicht abschließend beurteilen. Soweit wir bisher wissen, setzt das nämlich in der Regel soziale, nicht nur virtuelle Handlungs- und Kommunikationsnetzwerke voraus, erfordert eine reale Lebenswelt und eine volle Öffentlichkeit. Dazu gehört mehr als binäre Codes, Datentransfer, technische Vernetzung, Informationsmanagement und die Scheinnähe innerhalb der Cyberwelt. Die strukturellen Möglichkeiten, im Internet oder durch das Internet eine politische Öffentlichkeit zu schaffen und wirkungsvolle, breit angelegte politische Kommunikation zuwege zu bringen, sind begrenzt. Vor allem sind dafür weit greifende politische Organisationsreformen erforderlich, die auch die Organisationskommunikation – und dabei sowohl die Außen- als auch die Binnenkommunikation – betreffen (Donges/Jarren 1999).

Auf der anderen Seite eröffnet die Netzwerkgesellschaft, wie Manuel Castells erläutert, neue Möglichkeiten für demokratische, diskursorientierte Mechanismen der Meinungsbildung und politischen Entscheidungsfindung. Er zeichnet nach, wie virtuelle Netzwerke Aktivistengruppen wie zum Beispiel Umweltschützer mobilisieren können. Die wichtige strittige Frage, ob das Internet zu einer interaktiven Gesellschaft führt, ob

es die Entwicklung neuer Gemeinschaften begünstigt, beantwortet jedoch auch Castells nicht. Letztendlich sieht er Multimedia als symbolische Umwelt, die aber nicht total, sondern immer interpretationsabhängig und in ihrer sozialen Wirkungsmächtigkeit an die real existierende Welt gebunden ist (Castells 2001: 407). Alle realistischen Bemühungen um die Verwirklichung *digitaler Demokratie* müssen dementsprechend beachten, dass der virtuelle Raum des Internets ist nicht losgelöst von der realen Welt gesehen werden darf. Die Entwicklung und die politische Nutzung des Internets gerade auch als ein Pfeiler der Demokratie des 21. Jahrhunderts werden sowohl auf nationaler als auch auf globaler Ebene von den bereits vorhandenen Akteuren, institutionellen Strukturen, Machtverhältnissen und Interessenkonflikten beeinflusst.

In diesem Kontext erscheinen die folgenden politischen Effekte des Internets besonders interessant und weiter abzuklären (vgl. Heim/Schmittberger/Treichel 2003):

- Die konkrete Rolle der Internets in politischen *Aushandlungsprozessen* zwischen gesellschaftlichen Akteuren: Durch welche spezifischen Funktionen und Mechanismen kann das Internet bewirken, dass sich politische Positionen deliberativ einander annähern?
- Virtuelle *Anonymität* im Vergleich zwischen Politikfeldern: Wann wirkt sich politische Beteiligung unter Anonymitäts-Bedingungen positiv, wann negativ auf deliberationsgestützte Entscheidungsfindung aus?
- Wie funktioniert *Agenda-Setting* in der digitalen Demokratie, und wie erschließt das Internet neue politisch relevante *Öffentlichkeiten*? Besonders relevant ist hierbei die Einschätzung der politischen Wirkung von transnationalen Öffentlichkeiten im Internet und der Konstitutierungsbedingungen politischer Öffentlichkeit in transnationalen Räumen.

## Literatur

- Alexander, Cynthia J./Leslie A. Pal (Hg.) (1998): *Digital Democracy: Policy and Politics in the Wired World*. Toronto u.a.: Oxford University Press.
- Barber, Benjamin R. (1984): *Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age*. Berkeley, CA u.a.: University of California Press.
- Barber, Benjamin R. (2001): Which Technology for which Democracy? Which Democracy for which Technology? In: Bernd Holznagel/Andreas Grünwald/Anika Hanßmann (Hg.): *Elektronische Demokratie. Bürgerbeteiligung per Internet zwischen Wissenschaft und Praxis*. München: Beck, S. 209-217.
- Bieber, Christoph (1999): *Politische Projekte im Internet. Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit*. Frankfurt/M. u.a.: Campus.
- Bilgeri, Alexander/Alexander Siedschlag (2003): „Die Daten sollen laufen – nicht die Bürger“. Deutschland auf dem Weg zum Netzwerkstaat. In: *Kursbuch Internet und Politik*, Bd. 2/2002, S. 9-20.
- Bismarck, Max von/Daniel Dettling/Tino Schuppan (2003): *E-Governance in der Wissensgesellschaft. Neue Dimensionen der politischen Willensbildung*. In: *Kursbuch Internet und Politik*, Bd. 2/2002, S. 23-36.

- Browning; Graeme (1996): *Electronic Democracy. Using the Internet to Influence American Politics*. Witton: Pemberton.
- Budge, Ian (1996): *The New Challenge of Direct Democracy*. Oxford: Polity Press.
- Castells, Manuel (2001): *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Teil 1 der Trilogie Das Informationszeitalter*. Opladen: Leske + Budrich.
- Davis, Richard (1999): *The Web of Politics The Internet's Impact on the American Political System*. New York u.a.: Oxford University Press.
- Donath, Matthias (2001): *Demokratie und Internet. Neue Modelle der Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik – Beispiele aus den USA*. Frankfurt/M. u.a.: Campus.
- Donges, Patrick/Otfried Jarren (1999): *Politische Öffentlichkeit durch Netzkommunikation?* In: Klaus Kamps (Hg.): *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 85-108.
- Franda, Marcus F. (2002): *Launching into Cyberspace: Internet Development and Politics in Five World Regions*. Boulder, CO/London: Rienner.
- Gora, Walter/Harald Bauer (2000): *Virtuelle Organisationen im Zeitalter von E-Business und E-Government. Einblicke und Ausblicke*. Berlin u.a.: Springer.
- Grossman, Lawrence K. (1995): *The Electronic Republic. Reshaping Democracy in the Information Age*. New York u.a.: Viking Penguin.
- Hagen, Martin (1997): *Elektronische Demokratie. Computernetzwerke und politische Theorie in den USA*. Hamburg: Lit.
- Hagen, Martin (1999): *Amerikanische Konzepte elektronischer Demokratie. Medientechniken, politische Kultur, politische Beteiligung*. In: Klaus Kamps (Hg.): *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 63-81.
- Hague, Barry N./Brian D. Loader (Hg.) (1999): *Digital Democracy. Discourse and Decision Making in the Information Age*. London/New York: Routledge.
- Haythornthwaite, Caroline (2001): *Introduction. The Internet in Everyday Life*. In: *American Behavioral Scientist* 45, S. 363-382.
- Heim, Daniela/Anne Schmittberger/Mortimer Treichel (2003): *Digitale Demokratie wagen – Internet verändert Politik. Bericht von der Fachtagung der Ad-hoc-Gruppe „Internet und Politik“ in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) am 27./28. Juni 2002 an der Humboldt-Universität zu Berlin*. In: *Kursbuch Internet und Politik*, Bd. 2/2002, S. 113-123.
- Hill, Kevin A./John E. Hughes (1998): *Cyberpolitics: Citizen Activism in the Age of the Internet*. Lanham, MD u.a.: Rowman and Littlefield.
- Hoff, Jens/Ivan Horrocks/Pieter Tops (2000): *Democratic Governance and New Technology. Technologically Mediated Innovations in Political Practice in Western Europe*. London/New York: Routledge.
- Holmes, David (Hg.) (1997): *Virtual Politics. Identity & Community in Cyberspace*. London u.a.: Sage.
- Holznagel, Bernd/Anika Hanßmann (2001): *Möglichkeiten von Wahlen und Bürgerbeteiligung per Internet*. In: Bernd Holznagel/Andreas Grünwald/Anika Hanßmann (Hg.): *Elektronische Demokratie. Bürgerbeteiligung per Internet zwischen Wissenschaft und Praxis*. München: Beck, S. 55-72.

- Jarren, Otfried (1998): Demokratie durch Internet? In: Stephan Eisel/Mechthild Scholl (Hg.): Internet und Politik. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 27-51.
- Kersting, Norbert (2003): Internet-Wahlen im Vergleich – USA, Schweiz und Deutschland. In: Kursbuch Internet und Politik, Bd. 2/2002, S. 69-84.
- Kleinsteuber, Hans J./Martin Hagen (1998): Was bedeutet „Elektronische Demokratie“? Zur Diskussion und Praxis in den USA und Deutschland. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 29, S. 128-143.
- Leggewie, Claus/Christa Maar (Hg.) (1998): Internet und Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie. Köln: Bollmann.
- Margolis, Michael/David Resnick (2000): Politics as Usual: The Cyberspace “Revolution”. Thousand Oaks, CA u.a.: Sage.
- Meier-Walser, Reinhard C./Thilo Harth (Hg.) (2001): Politikwelt Internet. Neue demokratische Beteiligungschancen mit dem Internet? München: Olzog.
- Noveck, Beth Simone (2001): Dimpled-Hanging-Pregnant-Chad.com – The Impact of Internet Technology on Democratic Legitimacy. In: Bernd Holznagel/Andreas Grünwald/Anika Hanßmann (Hg.): Elektronische Demokratie. Bürgerbeteiligung per Internet zwischen Wissenschaft und Praxis. München: Beck, S. 143-160.
- Picot, Arnold/Hans-Peter Quadt (2001): Verwaltung ans Netz! Neue Medien halten Einzug in die öffentlichen Verwaltungen. Berlin u.a.: Springer.
- Polikanov, Dmitry (2002): Ungleichheit und Verwundbarkeit im Netz – Die digitale Spaltung der Welt aufhalten. In: Kursbuch Internet und Politik, Bd. 1/2002, S. 99-117.
- Priddat, Birger P./Stephan A. Jansen (2001): Electronic Government. Neue Potentiale für einen modernen Staat. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Rheingold, Howard (1993): The Virtual Community. Homesteading on the Electronic Frontier. Reading, MA u.a.: Addison-Wesley.
- Rogg, Arne (2001): Computervermittelte Partizipation und die großen deutschen Parteien. In: Kursbuch Internet und Politik, Bd. 1/2001, S. 27-46.
- Siedschlag, Alexander/Alexander Bilgeri/Dorothea Lamatsch (2001): Elektronische Demokratie und virtuelles Regieren – Erfahrungen und Perspektiven. In: Kursbuch Internet und Politik, Bd. 1/2001, S. 9-20.
- Siedschlag, Alexander/Arne Rogg/Carolin Welzel (2002): Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet. Opladen: Leske + Budrich.
- Wilhelm, Anthony G. (2000): Democracy in the Digital Age. Challenges to Political Life in Cyberspace. New York/London: Routledge.

*Dezember 2002*

*[http://www2.rz.hu-berlin.de/~h0936dbk/iup\\_sota.pdf](http://www2.rz.hu-berlin.de/~h0936dbk/iup_sota.pdf)*